

Der Gewerksverein

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine
sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementpreis: durch die Post bezogen 1 Mk. — Unter Kreuzband 1 Mk. 25 Pf. — Die Verbandsblätter für Berlin alle Zeitungs-Spediteure, nehmen Bestellungen an — Interate pro Heft: Beschäftigung, 25 Pf., Familienangabe, 15 Pf., Vereinsangelegenheiten 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion u. Exped.: N. O. Grenzwalderstr. 22/23. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

(Eigentum des Verbandes.)

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Ginn-Verlag).

Bei Abonnement von mindestens 3 Exempl. unter einer Adresse tritt für Nichtmitglieder der einzelne Preis von 75 Pf. ein, welche franco an den Verbandsblätter Hubert Kien, N. O. Grenzwalderstr. 22/23, eingehenden sind. Für Einzelhefte 35 Pf. pro Exemplar. Bei obligatorischem Abonnement letztere der Gewerksvereine 35 Pf. pro Exemplar. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 19.

Berlin, 11. Mai 1906.

Achtunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Die Fabrikeninspektion und die Arbeiter. — Die Wahlrechtverhandlungen in Preußen. — Der Spiritusring und die Arbeiterinteressen. — Boshenschan. — Feuilleton. — Gewerksvereine-Zeitung. — Verbands-Zeitung. — Anzeigen-Zeitung.

Die Fabrikeninspektion und die Arbeiter.

Wir verweisen bei Fortsetzung des Abdrucks derjenigen Stellen, welche sich mit dem Verkehr zwischen den Fabrikeninspektoren und den Arbeitern beschäftigen, auf die unsern vorigen Artikel gegebene Einleitung. Wir bitten wiederholt um gründliches Studium dieser Auszüge, damit unsere Verbandsgenossen sich gut informieren für einen möglichst regen Verkehr mit den Fabrikeninspektoren.

Provinz Pommern. Regierungs- und Gewerberat Stromeyer in Stettin. Zur mündlichen Aussprache über gewerbliche Angelegenheiten erschienen in den Dienstjahren der Gewerksinspektoren 389 Arbeitgeber oder deren Vertreter und 149 Arbeiter. Am bedeutendsten war der Verkehr seitens der Arbeiter (128 Besucher) in Neustettin, da sich ihnen dort weniger Gelegenheit bietet, sich anderweit, bei den Organisationen usw., Rat zu holen.

Der Verkehr mit den Arbeiterorganisationen bewegte sich in engen Grenzen. Zwei organisierte Gewerkschaften brachten schriftliche Beschwerden von Mitgliedern vor über angeblich ungesetzliche Sonntagsarbeiten, die sich indessen auf Grund des § 105 c der S.-D. als zulässig herausstellten. In einem andern Falle erschien der Kolonialvorstand der organisierten Tischler mit noch drei anderen Tischlern einer größeren mechanischen Tischlerei bei dem Gewerksinspektor wegen Meinungsverschiedenheiten mit dem Betriebsleiter über Änderung der Arbeitsverhältnisse; es gelang, mit dem Betriebsleiter eine Einigung zu erzielen.

Regierungsbezirk Bromberg. Regierungs- und Gewerberat Beckmann in Bromberg. Schriftliche Anträge von Arbeitern kommen hier selten vor. Die Arbeiter scheinen jetzt lieber die Vermittlung von Arbeitersekretären in Anspruch zu nehmen, um wirkliche oder vermeintliche Mißstände bei den Aufsichtsbeamten zur Sprache zu bringen. Die Beschwerdeführer wollen hierbei nur in seltenen Fällen ihre Namen genannt haben. Auf diese Weise brachten Vertreter von christlichen Arbeitervereinen und Gewerkschaften, von sozialdemokratischen Gewerkschaften, von Berufsvereinen und anderen Arbeiterorganisationen die Wünsche von Arbeitern zur Kenntnis der Gewerksaufsichtsbeamten; auch wurde hierzu der schriftliche Weg gewählt.

Bei Arbeitervereinen und Versammlungen benutzen die Arbeiter gern die Anwesenheit der Gewerksaufsichtsbeamten, um ihnen ihre Wünsche vorzutragen. Der Berichterstatter konnte während des Berichtsjahres an acht dazwischen veranstalteten Vorträgen oder belehrenden Ansprachen halten, auch die übrigen Gewerksaufsichtsbeamten beteiligten sich an ähnlichen Arbeiter-versammlungen. Besprechungen über gesetzliche Bestimmungen, Unfälle, Schulvorrichtungen usw. in Kolonialzeiten haben des öfteren in Arbeiterkreisen erfolgreiche Beachtung gefunden.

Regierungsbezirk Breslau. Regierungs- und Gewerberat Sieber in Breslau. Mit anderen als den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen in Verbindung zu treten, hat sich bisher nur in einem Falle Gelegenheit geboten, indem der Vorstand des Gewerksvereins in Schweidnitz den dortigen Gewerksinspektor auffuchte, einen im Gewerksverein gehaltenen Vortrag über Rechte und Pflichten von Arbeitgebern und Arbeitern seinen Mitgliedern zu wiederholen.

Regierungsbezirk Liegnitz. Geheim-Regierungs- und Gewerberat Kube in Liegnitz. Von Arbeitgebern suchten 320, von den Arbeitern

158 Personen die Gewerksinspektoren auf, um sich Rat zu holen. Bemerkenswert ist auch, daß die Absender der Zuschriften seltener die Namensunterschrift unterlassen als früher. Eine Anzahl von Beschwerden, die aus den Arbeiterkreisen erhoben wurden, erwies sich als berechtigt und wurde abgestellt, anerkanntswürdige Wünsche wurden berücksichtigt und erfüllt.

Regierungsbezirk Oppeln. Regierungs- und Gewerberat Böhmmer in Oppeln. Die Beziehungen der Gewerksaufsichtsbeamten zu den Arbeitgebern und Arbeitern waren nach wie vor im allgemeinen gut. Die Verhandlungen mit den Industriellen und deren Vertretern standen unter dem erfreulichen Zeichen wachsenden sozialen Verständnisses. Dies trifft besonders hinsichtlich der mittleren Werkbeamten zu. Der Verkehr mit Arbeiterorganisationen, der bisher nur in geringem Umfange stattgefunden hatte, scheint allmählich zuzunehmen. Die Vertreter verschiedener Gewerkschaften haben im verwichenen Jahre bei einigen Gewerksinspektoren über Mißstände in Fabriken Klagen vorgebracht, die im wesentlichen berechtigt waren. — Der Gewerksinspektor in Gleiwitz hat im Gleiwitzer Gewerksverein der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter über Einrichtung und Aufgaben der Gewerksinspektion in Preußen, der Gewerksinspektor in Reiche im Arbeiterverein, im Gewerksverein und in der Versammlung des christlichen Gewerkschaftsrates in Reiche über die Lage der arbeitenden Klassen zu verschiedenen Zeiten, über Arbeiterbeschäftigung und über die Lohnfrage und Lohnhöhe gesprochen.

Regierungsbezirk Magdeburg. In Vertretung des Regierungs- und Gewerbrates, Gewerberat Reumann in Magdeburg. In den Beziehungen zu den Arbeitgebern und Arbeitern sind Änderungen nicht eingetreten. Während und außerhalb der festgesetzten Sprechstunden sind die Beamten von 338 Arbeitgebern und 50 Arbeitern aufgesucht worden. Die bezüglichen Zahlen des Vorjahres waren 335 und 52. Die Arbeitgeber kommen mit geringen Ausnahmen den Anforderungen der Beamten mit Verständnis entgegen und benutzen die sich ihnen bietenden Gelegenheiten zum persönlichen Meinungsaustausch mit den Beamten, um sich, besonders bei Projekten zu Neu- oder Erweiterungsbauten, über die Anforderungen des Arbeiterschutzes Aufklärung zu verschaffen. Vereinzelt bleiben diejenigen Fälle, in welchen es sich um andere Angelegenheiten des Gewerksaufsichtsdienstes handelt. Der persönliche Verkehr mit Arbeitern blieb, wie aus obigen Zahlen hervorgeht, gering. Die Arbeiter bedienen sich, um Beschwerden über Mängel in gewerblichen Betrieben anzubringen, fast ausschließlich ihrer Organisationen und der Arbeiterpresse. Der Verkehr mit den Organisationen beschränkte sich auf vier schriftliche Beschwerden, von denen eine seitens des Arbeitersekretariats Magdeburg und drei seitens der Verwaltung der Vereinigten Ortsvereine der Maschinenbau- und Metallarbeiter (S.-D.) von Magdeburg und Umgegend dem Gewerksinspektor für Magdeburg übermittelt wurden. Mit dem Sekretär der letztgenannten Verwaltungsstelle wurde eine der Beschwerden unter Zuziehung eines beteiligten Arbeiters persönlich besprochen und klargestellt.

Regierungsbezirk Merseburg. Regierungs- und Gewerberat Sultetus in Merseburg. Zu einem Verkehr mit den im Bezirke bestehenden Arbeiterorganisationen hat sich mehrfach, besonders bei Ausständen, Gelegenheit geboten. Nach Ausbruch eines umfassenden und langdauernden Ausstandes der Schuhmacher in Weissenfels trat die Vorhände des Weissenfeler Ortsvereins des Zentralverbandes der Schuhmacher in Rünberg und des Girsch-Dunderschen Gewerksvereins der Lederarbeiter an den Gewerksinspektor heran, um ihn um seine Vermittlung in den streitigen Fragen zu ersuchen. Die eingeleiteten Verhandlungen führten zwar nicht zu dem erwünschten Ziele, doch wurden die Bemühungen des Gewerksinspektors von beiden Parteien dankend anerkannt.

Im ganzen Regierungsbezirk Merseburg sind, soweit sich ermitteln ließ,

hände unseres geltenden Wahlsystems beseitigen und enthalten insoweit Verbesserungen. Deshalb können wir ihnen in der Hauptsache zustimmen vorbehaltlich der Prüfung im einzelnen, welche zweckmäßigerweise in einer Kommission erfolgen wird.

Eine Reform des Wahlrechts, wie wir sie immer unter scharfer Kritik des Dreiklassenwahlsystems gefordert haben, bringen die vorliegenden Gesetzentwürfe zu unserem lebhaften Bedauern nicht.

Wir verlangen diese Reformen noch wie vor. Es ist nicht die Sache des Abgeordnetenhauses, einen bezüglichen Gesetzentwurf auszuarbeiten und vorzulegen. Wir müssen dafür der Regierung die Initiative überlassen.

In welcher Richtung sich hier unsere Wünsche bewegen, hat namens unserer Freunde im Reichstage am 7. v. M. Herr Abg. Graf Hompesch dahin ausgesprochen, daß, was das Reich auf dem Gebiete des Wahlrechts durch seine Verfassung seinen Bürgern gewährt hat, auf die Dauer auch in den Einzelstaaten den Bürgern in entsprechender Weise gewährt werden müsse.

Präsident v. Kröcher: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. v. Ditlembowski.

Dr. v. Ditlembowski-Pomian, Abgeordneter (Pole): Wir sind der Ansicht, die der Herr Kollege Kischew bereits ausgesprochen, und die Herr Broemel unterhält hat, daß die Vorlage eigentlich nur die Bedeutung der Konfession des bisherigen Landtages, Erhaltung des Dreiklassenwahlsystems. Deswegen sind wir grundsätzlich Gegner dieser Vorlage. Ich bin auch sogar der Ansicht, daß, wenn vielleicht nicht mit Absicht des Staatsministeriums, namentlich nicht mit Absicht des Herrn Ministers des Innern, diese Vorlage auf die weiten Massen der Bevölkerung geradezu provokatorisch wirken wird. Meine Herren, Sie müssen mit der Lausache rechnen, daß für eine Wahlrechtsreform sich ausgesprochen haben nicht bloß die weiten Massen des Volkes, sondern auch eigentlich die ganze Intelligenz Deutschlands...

Nun hat der Herr Abgeordnete Dr. Zrmer die Behauptung aufgestellt: das Dreiklassenwahlsystem sei einer der Grundpfeiler der preussischen Monarchie. Ja, meine Herren, wenn das so richtig wäre, dann würde die preussische Monarchie eigentlich auf einer etwas zweifelhaften Grundlage aufgebaut sein. (Sehr richtig! bei den Polen.) Denn darüber sind wir doch alle klar — und das wird auch auf der rechten Seite des Hauses anerkannt —, daß das Dreiklassenwahlsystem zum mindesten nicht gerecht ist. Mag es Ihnen jetzt opportun erscheinen oder nicht, das Wahlrecht zu ändern, mag dahin gestellt bleiben, aber gerecht ist es nicht; denn es gewährt dem reichen Bürger ein viel weiteres Machtgebiet als dem ärmeren und schwächeren. Wenn daher das Dreiklassenwahlsystem als der Grundpfeiler des Staates erachtet werden sollte, so müßte der Staat auf einer ungleichen, ungerechten Basis aufgebaut sein. Darin gebe ich allerdings dem Herrn Abgeordneten Dr. Zrmer recht: es ist nicht der Grundpfeiler des Staates, wohl aber der Grundpfeiler der jetzigen reaktionären Regierungspolitik. Dazu bildet allerdings das Dreiklassenwahlsystem die geeignete Grundlage, und ich glaube, das entspricht durchaus dem Standpunkt, den die preussische Regierung eingenommen hat. In deren Charakteristik zitiere ich einen Ausspruch des früheren Ministers des Innern, der die Regierungspolitik im besten Charakterisiert. Das ist der bekannte Ausspruch des Ministers v. Hammerstein, der dahin geht: wir haben zu befehlen, ihr habt zu gehorchen. Das war nicht bloß im Polen gegenüber gemeint, sondern die Bedeutung dieses Satzes war eine ganz allgemeine. Auf diesem Standpunkt stehen die Regierungsfreie und die Regierungsparteien: wir haben zu befehlen, wir haben allein das Staatsrecht zu lenken, wir haben allein die Grundzüge der Verwaltung anzugeben und — der Rest, das ist die contribuens plebs; die hat wohl das Recht, Steuern zu zahlen, aber bei irgend welchen Regierungsmaßnahmen soll sie nicht mitwirken; sie hat eben zu gehorchen, was ihr von oben anbrohlen wird. Das und die Grundzüge der preussischen Regierungspolitik, und sie ist einzig und allein möglich nur, wenn der Grundpfeiler, von dem Herr Dr. Zrmer gesprochen hat, besteht, nämlich das Dreiklassenwahlsystem. Bei einem anderen Wahlsystem wäre eine derartige Politik, wie sie gekennzeichnet worden ist, gar nicht möglich gewesen. (Sehr wahr! bei den Polen.)

Nun, meine Herren, hat heute der Herr Minister in seiner in vieler Beziehung hochinteressanten und hochbedeutenden Rede hingewiesen auf die Segnungen der Zivilisation, auf die Segnungen der ganzen sozialen Gesetzgebung und darauf, daß die Regierung bemüht gewesen ist, die Schwächeren zu stärken. Nur hat der Herr Minister, wenn ich ihm darin auch vollkommen beitrete, durchaus unrichtige Schlussfolgerungen gezogen. Ich glaube, er steht auf dem Standpunkt des Vaters, der gar nicht bemerkt, wie der Sohn allmählich heranwächst und schließlich zu einem großen, starken, ausgewachsenen Jungen wird. Er hat vergessen und übersehen, daß die Kulturentwicklung und die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung, die Politik der Stärkung des Schwachen nicht ohne Erfolg geblieben ist. Sie hat den Erfolg gehabt, die unteren Schichten zu stärken, zu zivilisieren und fortzubilden. Aus diesem kleinen Kinde, das man selbstverständlich als politischen Faktor nicht berücksichtigen konnte, ist nunmehr ein erwachsener Mann geworden. Und dieser erwachsene Mann tritt an Sie heran und sagt: ich darf jetzt nicht mehr als das kleine Kind bezeichnet werden, ich bin jetzt reif an Urteil, reif an politischem Weltbürgerbewußtsein und darf infolgedessen den Anspruch erheben, auch mitzureden und einzuwirken auf die ganze Regierungspolitik. Ich muß zugelassen werden zu den politischen Kreisen, ich habe auch das Recht, einen Vertreter in das Abgeordnetenhaus zu senden, damit er meine Interessen noch besser vertritt, als dies bisher geschehen. Ich glaube, der Herr Minister hat übersehen, daß gerade die Kulturpolitik auch diesen Erfolg gehabt hat. Das Dreiklassenwahlsystem war nach meinem Empfinden durchaus am Plage zu einer Zeit, als der Arbeiter, der Kleinbürger, der kleine Landwirt und der Bauer nicht zu schreiben verstand; damals war es durchaus billig, ihnen das Wahlrecht zu verweigern; das waren damals politische indifferente Massen. Jetzt müssen Sie aber doch damit rechnen, daß diese Leute lesen und schreiben; sie lesen jetzt sehr viel und verstehen immer besser dasjenige, was sie lesen; sie bilden sich ihre politischen Ansichten und Urteile, und erheben daher mit vollem Recht den Anspruch, nicht mehr, wie früher, als Kinder behandelt zu werden, sondern als Männer und Bürger. Deshalb halte ich nach dem jetzigen Stande der Entwicklung unsere Verhältnisse für jenseitig gebiegen, daß nunmehr mit dem alten Dreiklassenwahlsystem endlich geteilt werden muß. (Bravo! bei den Polen.)

Der Spiritusring und die Arbeiterinteressen.

An drei langen Sitzungstagen vom 8. bis 10. Februar d. J. hat im Reichstag des Innern die Kartell-Enquete über die „Zentrale für Spiritusverwertung“ länger und treffender vom Volkstumme als „Spiritusring“ bezeichnet, stattgefunden. Es waren recht härmlich bewegte Verhandlungen, die über das Wesen dieses Kartells nicht nur sondern der Kartelle überhaupt außerordentlich lehrreichen Aufschluß gewähren. Darauf kann hier nicht eingegangen werden, wir beschränken uns hier lediglich auf das Interesse, das die Arbeiterwelt an dem Ergebnisse dieser Diskussionen besitzt.

Auch das kann verschieden aufgefaßt werden. Bei diesem in erster Reihe agrarischen Kartell handelt es sich um den Zusammenschluß des größten Teiles der ostelbischen Kartoffelbrennereien mit den Spiritusfabriken, kommen direkt Arbeiterinteressen nicht sehr in Betracht, soweit es sich um die angestellten Arbeiter dieser Betriebe handelt. Das Kartell läßt darin den Einzelbetrieben völlig freie Hand. Auch die zahlreichen kaufmännischen Angestellten des Ringes selber sollen zwar im allgemeinen recht minimale Gehälter beziehen, indessen wohl kaum geringere als in analogen Betrieben gezahlt werden. Aber jedenfalls ist hier von einer eigentlichen gegen die Arbeiter gerichteten Politik des Kartells keine Rede, so daß dieser Punkt zum Unterschiede von anderen Kartellen hier ausscheiden kann.

Trotzdem bleibt ein sehr erhebliches Interesse der Arbeiter an dem Spiritusring bestehen. Man könnte glauben, es erköpfe sich in dem Einfluß, den der Spiritusring auf der Gestaltung des Trinkbrenntweins einpreises ausgeübt hat und noch ausübt. Daß dieser Einfluß eine kolossale Preistreiberi war, wie sie noch in gleicher Größe vielleicht bei keinem anderen Kartell auf deutschem Boden beobachtet wurde, ist richtig, wird aber gerade in diesem Falle sogar Verteidiger unter den Arbeitern selber und deren wärmsten Freunden finden, welche die übermäßige Trunksucht gerade durch Branntweingenutz mit Recht befürworten. Man kann nun über diese Frage einer Ansicht sein, wie immer die kirchlichen Darlegungen des Reichs-Arbeitsblattes enthalten so viele schwere statistische Fehler, daß sie garnicht beweiskräftig sind. Das bleibt bestehen, daß die Verteuerung des Branntweins allein kein gangbares Mittel ist, gerade den Trunksüchtigen zur Abstinenz zu befehlen. Im Gegenteil! Dem routinieren Branntweintrinker wird der Genuß verteuert oder auch verschlechtert, auf den Konsum im allgemeinen übt das aber nur eine geringfügige, wenn überhaupt eine Wirkung aus, während bestehen bleibt, daß der Branntweintrinker sich eher andere für ihn nützlichere oder sogar notwendige Dinge verschafft, um nur dem verteuerten Genuße weiter zu fröhnen. Zudem ist der Branntweingenutz zumal in der am meisten schädlichen Form unter den städtischen Arbeitern entschieden zurückgegangen, sogar absolut noch mehr als im Vergleich zur stark angewachsenen Arbeiterbevölkerung, und das ganz von selbst, während der Genuß von Branntwein unter den Landarbeitern eher noch geliegt ist. Das liegt vor allem an dem Vordringen der mehr an Alkohol gewöhnten Slaven im Osten, auch im westlichen Industriegebiet. Man könnte auch die zahlreichen Arbeiter in den Betrieben der Alkoholfabriken in Betracht ziehen, die unter dem Einfluß der kritischen Lage ihres Gewerbezweiges leiden. Indessen wollen wir dies dahingestellt sein lassen und nur konstatieren, daß zwar der Spiritusring, weil gewisse Temperenzbestrebungen da „oben“ Modus geworden sind, sehr geringfügig (äußerlich) über seine Beziehungen zum Trinkbrenntwein urteilt, tatsächlich aber den Verbrauchern dieser Ware alle Kosten aufbürdet und die Gewinne daraus sich schmunzelnd und ungetrübt durch ethische Bedenken in die Taschen steckt, wobei es wenigstens als ein erfreuliches Zeichen „ausgleichender Gerechtigkeit“ anzusehen ist, daß diese Riesensummen zusammen mit den vielen Staatsgeldern nicht alle in die unergründlichen agrarischen Taschen wandern, sondern daß die Herren vorerst wenigstens betrogene Beiträger waren und mit einem Trinkgeld von den sie überflüssigen reinkapitalistischen Spiritusfabriken abgefunden wurden, während sie jetzt allerdings eine rechtliche Teilung der Beute verlangen.

Allein der Trinkbrenntwein ist, was weniger bekannt sein dürfte, heutzutage nur ein, bei weitem nicht mehr der wichtigste Verwendungsgegenstand für Spiritus. Dieser kommt vielmehr für eine ganze Reihe bedeutender Industriezweige als tonangebender Rohstoff in Betracht. Es möge nur angeführt werden, ohne die Liste zu erschöpfen, die Verwendung von Spiritus zur Herstellung von Essig, Parfümieren, Pulver, eine ganze weitere Reihe chemischer Präparate, vieler Arzneimittel, sogar Seide u. Dann aber vor allem die Verwendung zu Motoren, zu Fein-, Koch- und Beleuchtungswecken, die den meisten aus eigener Praxis bekannt sein dürfte.

Wie hat nun der Ring gegenüber diesen Industrien und damit auch den Arbeitern gegenüber gewirkt. Die Protokolle dieser denkwürdigen Enquete sprechen eine berechtigte Sprache. Sie erzählen von der unerfährlichen Preistreiberi, von dem rapiden Schwanken dieses Rohstoffes im Preise, von dem Verschleudern zu wahnsinnig niedrigen Schleuderpreisen im Ausland, um im Innern die Preise noch anziehen zu lassen mit Unterstützung des Geldes der Steuerzahler. Daraus ergibt sich ganz von selbst, daß die ausländischen Industrien ihr Rohprodukt von uns hergekauft billig erhalten, daß die deutschen Konkurrenten mit ihren Fertigfabrikaten nicht nur dort, sondern auf

ungefähr 120 Arbeit-vereine vertreten. Sie gehören hauptsächlich zu den freien Gewerkschaften, die in den größeren Orten Kartelle, Ortsvereine und -kassen unterhalten. Die überwiegende Mehrzahl der Organisationen ist von der sozialdemokratischen Partei in das Leben gerufen worden; daneben bestehen noch die Ortsvereine des Hirsch-Dunckerschen Verbandes der Deutschen Gewerksvereine und einige wenige christliche Arbeitervereine. An den geselligen Veranstaltungen und geschäftlichen Versammlungen der beiden letztgenannten Organisationen haben die Beamten wiederholt teilgenommen und auch Vorträge über Wissensgebiete gehalten, deren Besprechung von den Vorständen als wünschenswert bezeichnet wurde.

Regierungsbezirk Erfurt. Regierungsrat und Gewerberat Rittershausen in Erfurt. Von den Arbeiterorganisationen sind 12 mit Anliegen an die Gewerbeinspektionen herantretend, nämlich der Verband der Steinarbeiter Deutschlands, der Deutsche Metallarbeiterverband, der Zentralverband der Deutschen Schmiede, der Gewerksverein der Metallarbeiter, der Gewerksverein der Maschinenarbeiter (Maschinenbauer. A. d.), der Deutsche Buchbinderverband, der Verband Deutscher Müller und verwandter Berufsgenossen, der Verband der Handels- und Transportarbeiter, der Deutscher Schneiderverband, der Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands, der Verband der Putzermacher und Friseur, der Zentralverband christlicher Bauarbeiter. Von den genannten Arbeiterorganisationen brachten 10 durch ihre Vertrauensleute zum Teil erhebliche Beschwerden über Mißstände und Geschäftswidrigkeiten in gewerblichen Betrieben vor, welche bis auf eine zweifelhafte Art sich ganz oder teilweise als begründet erwiesen und abgestellt wurden. (Fortsetzung folgt)

Die Wahlrechtsverhandlungen in Preußen.

IV.

Präsident v. Kröcher: Das Wort hat der Abgeordnete Proemel. **Proemel, Abgeordneter (freil. Bzg.):** Meine Herren, die Vorlage ist für uns mit zwei Ueberraschungen verbunden. Ich rechne dazu die Rede des Herrn Vorredners nicht. (Heiterkeit.) Was er ausgesprochen hat, ist uns zum größten Teil aus seinen früheren Reden und durchaus aus seiner vieljährigen Tätigkeit in der Presse längst bekannt. (Sehr gut! bei den Freisinnigen.) Aber die Vorlage selbst war eine Art von Ueberraschung durch die geringfügigkeit ihres Inhalts. Die Debatte hat uns eine weitere Ueberraschung gebracht durch die bedeutende Rede, mit der der Herr Minister diese unbedeutende Vorlage begleitet hat. (Sehr gut! bei den Freisinnigen.)

Der Herr Minister hat für seine allgemeinen Ausführungen viel Anerkennung verdient, und ich kann mich den ausgesprochenen anerkennenden Worten in vielen Punkten anschließen. Er hat von einer hohen Warte aus einen Blick geworfen auf die großen Kräfte, aus welchen die Kultur der Menschheit sich entwickelt, auf die großen Kräfte, aus denen insbesondere das Sozialwesen und Blühen der Nation hervorgeht. Aber in welchem Widerspruch stehen Ausführungen dieser Art mit ihren politischen und kulturellen Ausblicken zu der Verteilung des preussischen Wahlrechts, für das sie gehalten worden sind! (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Der Herr Minister hat dann freilich damit zugleich das im Reich bestehende Wahlrecht belächeln wollen.

Wenn er die Hoffnung hegt, daß es unserer Zeitalter einmal als ein besonderer Ruhm angerechnet werden würde, daß es durch allerlei gesetzgeberische Maßnahmen bestrahlt gewesen ist, die Schwachen auf eine höhere politische und soziale Stufe zu heben, so wird ihm darin kaum jemand widersprechen. Aber seine Ausführungen bedürfen einer Ergänzung. Welche Ursachen haben es denn hauptsächlich ermöglicht, daß diese politischen und sozialen Fortschritte in der Vergangenheit erreicht worden sind? Ich behaupte, es sind zwei Grundkräfte, denen die wirtschaftlich Schwachen alle diese wirtschaftliche und soziale Fürsorge in erster Linie verdanken, und das sind die Koalitionsfreiheit und das allgemeine Wahlrecht. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Man versteht meiner Ueberzeugung nach im höchsten Maße unbillig und unsachlich, wenn man bei Beurteilung der Wirtungen, welche das allgemeine Wahlrecht herbeigeführt hat, den Blick nur auf uninteressante Erscheinungen lenkt, die ebenfalls hervorgetreten sind, die Augen aber vollständig verschließt gegen die guten Folgen, welche gerade dieses Wahlrecht im Reich herbeigeführt hat. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Ich denke dabei gar nicht an die Tätigkeit der Sozialdemokratie. Die Tätigkeit der Sozialdemokratie, die allerdings in dem bisherigen Umfang mit durch dieses Wahlrecht ermöglicht worden ist, hat sich im Gegenteil in vielen Punkten schon als ein Hemmnis für weitere sozialpolitische Maßnahmen erwiesen (sehr richtig! bei den Freisinnigen) und wird sich wahrscheinlich in der Zukunft noch mehr als ein solches Hemmnis erweisen. Wie der Herr Minister wird jeder in diesem Hause wünschen, daß die Triebkräfte wachsen und gedeihen, die höher hinaus wollen, daß die Niederen immer zu höheren hinaufsteigen; aber ich frage Sie alle in diesem Hause: ist dieses preussische Dreiklassenwahlrecht geeignet, eine solche Entwicklung zu fördern, dieses Dreiklassenwahlrecht, das — dies darf man sagen — von allen uninteressantesten sachkundigen Kreisen politischer und wirtschaftlicher Art mehr und mehr als ein Konglomerat von Unsinn und Ungerechtigkeit angesehen wird! (Hört, hört! rechts. Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Dieses Klassenwahlrecht, das gerade ganze Klassen vom Aufsteigen zu höherem im politischen Leben zurückhält!

Nun ist es überaus charakteristisch, daß dieses preussische Wahlrecht — das, je länger es unverändert besteht mit seiner unveränderten Wahlrechts-einteilung, um so veralteter und um so verrotteter wird — deshalb doch die Jumeigung der königlichen Staatsregierung nicht einbüßt. Umgekehrt, es hat eine Zeit gegeben, in welcher Männer, die den Standpunkt der königlichen Staatsregierung einnahmen, selbst über dieses Wahlrecht höchst hart urteilten. Ich will nicht allein auf den bekannten Ausspruch des künftigen Reichmarschallens; ich möchte aber erinnern an einen Ausspruch des Herrn Herrmann, der doch als Unterstaatssekretär und Minister ein

Jahrzehnt lang der preussischen Staatsregierung angehört hat, und der im Jahre 1895 schon im Abgeordnetenhaus, gerade als damals die kleine Veränderung vorgenommen wurde, erklärte: dem Dreiklassen-system sei das Grab gegraben, und auf eine längere Dauer werde eine so gefürchtete Ausgestaltung des Wahlrechts doch kaum Anspruch erheben können. (Hört, hört!)

Selbst sind 13 Jahre ins Land gegangen, und die damals vielleicht nicht allzu große Liebe der königlichen Staatsregierung zu dem Dreiklassen-system ist seitdem zu lichten Klammern emporgehoben. Nach einer bisher un widersprochenen Mitteilung in der Presse hat kürzlich der Herr Finanzminister in der Finanzkommission des Herrenhauses nämlich erklärt: niemals werde die preussische Staatsregierung die Hand zu prinzipiellen Änderungen des bestehenden Wahlrechts bieten. (Hört, hört!) Nun haben schon ebenso geschickte Staatsmänner wie Herr v. Rheinbaben das Wort „niemals“ gebraucht, nicht mit vielem Glück, meist mit einem starken Mißerfolg; und ich bin auch der Ueberzeugung, daß der geschickteste von allen diesen Staatsmännern der war, der erklärte: man soll niemals „niemals“ sagen. (Sehr gut!) Aber nicht allein Staatsmännern geht es mit einer solchen Erklärung schlecht, selbst Königen; es sei daran erinnert, wie der König Friedrich Wilhelm IV. bei Eröffnung des vereinigten Landtages erklärte: „Niemals soll zwischen mir und dem Volk ein Spalt Papier treten“ — und wenige Jahre darauf bestand in Preußen das die Befestigung! Also, meine Herren, abschreiben kann eine solche Erklärung an und für sich durchaus nicht. (Sehr richtig!)

Was das Wahlrecht selbst anlangt, so ist es im Verlaufe der Debatte und in früheren Verhandlungen innerlich und außerhalb des Hauses in seiner ganzen Verworrenheit und Unklarheit so vielfach kritisiert worden, daß ich heute im einzelnen nicht darauf eingehen will. Nur mit einem Worte möchte ich hinweisen auf eine überaus beherzigenswerte Erklärung, welche sich findet in dem auch von dem Herrn Kollegen Dr. Krause erwähnten Bericht der XII. Kommission des Hauses aus dem Jahre 1860. In diesem Bericht wird unter anderem auch bemerkt:

Zu einem zukunftsreichen, in lebendiger fortschreitender Entwicklung begriffenen Staate wie Preußen würde eine seiner Tradition und Aufgabe genügende Regierung unmöglich sein, wenn ihr ein aus abgegrizgen partikularen oder selbsthüchtigen Interessen hervorgegangenes Abgeordnetenhaus zur Seite stände. (Hört, hört!) Hier, meine Herren, ist mit treffenden Worten nachgewiesen, wie eine Regierung, welche ohne Rücksicht auf einseitige Parteien und Interessen das allgemeine Wohl des Landes fördern will, zur Erfüllung dieser ihrer Absichten eines Abgeordnetenhauses bedarf, in welchem die im Volke selbst vorhandenen verschiedenen Interessen und politischen Anschauungen wirklich zum Ausdruck kommen. (Sehr richtig! links.) Es ist das höchste Interesse des Landes, daß neben der Regierung eine solche Volksvertretung besteht; es ist aber auch das höchste Interesse der Staatsregierung selbst, wenn sie es mit ihrer Aufgabe ernst nimmt. (Sehr richtig!)

Der Herr Kollege Kischel hat bereits darauf hingewiesen, daß so ganz harmlos diese Wahlrechts-einteilung auch nicht gemacht ist, daß man Sorge getragen hat, in Berlin doch einen oder zwei Wahlkreise herauszubringen, in denen vielleicht in Zukunft mal ein Sozialdemokrat gewählt werden könnte. Ja, das würde der Mehrheit des Hauses passen, so einen Aemmerer Sozialdemokraten im preussischen Abgeordnetenhaus zu haben! Im ganzen und großen würde es doch nichts anderes sein als die Uebertragung des Systems des nonsejones-Schulens von unseren Vorderegenten auf unsere Wahlrechts-einteilung (sehr gut! links), und wie würde man es proklamieren: die Wahlrechts-einteilung ist doch nicht so schlecht, und das Wahlrecht auch nicht, denn es kann ja selbst ein Sozialdemokrat in den Landtag gewählt werden!

Ich meine aber: auch alle solche Kniffen wiegen doch federleicht angesichts der Tatsache, daß die große Mehrheit der preussischen Wähler durch das Klassenwahlrecht und die Wahlrechts-einteilung zu einer vollständigen politischen Schmach bei den preussischen Landtagswahlen verurteilt ist (sehr richtig! links), und deshalb, meine Herren, muß auch in diesen beiden Punkten jede Reform einlegen, welche den auf diese Weise benachteiligten breiten Massen unseres Volkes einen Anteil an dem preussischen Wahlrecht sichern will.

Die Erhaltung des preussischen Wahlrechts in Preußen würde vielleicht noch eher möglich und jedenfalls mit geringeren Gefahren begleitet sein, wenn Preußen, wie manche anderen auswärtigen Staaten, für sich einen abgeschlossenen Einheitsstaat bildete. Dann könnte die Staatsregierung vielleicht noch daran denken, die Dinge weiter gehen zu lassen, und sich darauf verlassen, daß, wenn es zum Äußersten käme, wenn die durch das Wahlrecht benachteiligten Bevölkerungskreise zur Gewalt schritten, sie doch immer die Gewaltmittel in Händen haben werde, um solche Angriffe niederzuschlagen. Das würde zwar eine Schreckensherrschaft sein, aber man kann sich ihre Durchführung noch denken, wenn der preussische Ministerpräsident oben dachte: Na, mich und den Rheinbaben trägt noch. (Heiterkeit.) Aber Preußen bildet einen Teil des Deutschen Reiches, in dem das allgemeine Wahlrecht besteht, und damit wachsen die politischen Gefahren, welche in der einseitigen Festhaltung des preussischen Wahlrechts liegen, tiefen groß. (Sehr richtig! links.) Meine Herren, es kann nicht ausbleiben, daß, wenn alle Anstrengungen der benachteiligten Kreise bei den preussischen Landtagswahlen unfruchtbar sind, um eine Reform herbeizuführen, sich die berechtigten Unzufriedenheit auf die Reichstagswahlen in Preußen wirft. (Sehr richtig! links.) Das bedeutet aber nichts anderes, als daß der Widerstand gegen eine berechtigte Reformforderung in Preußen zu schweren politischen Krisen im Reich führen kann. (Sehr richtig! links.) Damit aber würde Preußen der hohen Aufgabe geradezu untreu werden, die es im Reich zu erfüllen hat. Mein preussisches Herz schlägt hoch bei dem Gedanken an die Forderung, welche das preussische Volk und sein Königshaus bei der Einigung Deutschlands gehabt haben. Aber aus dieser Formalkritik erwächst für Preußen auch eine besondere Pflicht, und das ist die Pflicht, nicht durch Wirtcherhaltung veralteter und verrotteter Verfassungseinrichtungen das politische Leben des Reiches selbst auf das Schmerzlichste zu beeinträchtigen und zu gefährden. (Sehr wahr! links.)

Präsident v. Kröcher: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Porck. **Dr. Porck, Abgeordneter (Zentr.):** Um die grundsätzliche Stellungnahme meiner politischen Freunde festzustellen, gebe ich in deren Namen die nachstehende Erklärung ab:

Die beiden vorliegenden Gegenwürfe sollen die schreiendsten Miß-

dem Weltmarkte unterboten und geschlagen werden konnten. Das Ganze nennt sich „Schutz der nationalen Arbeit“. Dadurch werden die Lebensinteressen von Hunderttausenden ja von Millionen deutscher Arbeiter in sehr unliebsamer Weise berührt.

Nicht genug damit! Der Spiritusring suchte, im eigenen Interesse, wahrhaftig nicht um den Ärmern zu helfen, anfangs niedrigere Preise zu stellen zu Koch- und Beleuchtungszwecken. Auch damals rechnete man damit, durch Zollkrieg gegen Amerika und Rußland das Petroleum und andere konkurrierende Mittel auszuhalten. Als das nicht gelang und durch die ganz verfehlte Preispolitik im Jahre 1904 eine Teuerung der Ware eintrat, erfolgte ein derartiges sprunghaftes Herausheben des Preises in unerhörter, wucherischer, durch die Kartellierete nicht gerechtfertigter Weise, daß der Verbrauch zurückging. Viele Kleinhändler, die ohnedies in diesem Artikel vom Ringe schlecht behandelt und chikaniert werden, aber auch die Arbeiter besonders auf dem Lande, in den kleinen Städten, welche ihre Lampen, Kochapparate u. nicht so schnell wegwerfen oder mit anderen Stoffen benutzen konnten, wurden schwer geschädigt. Das ist die Fürsorge der Agrarier für den „kleinen Mann“! Die Konsumvereine, besonders die sich vorwiegend aus Arbeitern rekrutieren, die gerade für Ausbreitung des Konsums an denaturiertem Spiritus das Meiste getan hatten, erlebten keinen Rabatt mehr, so daß sie jedes Interesse an der Ware verloren.

Das sollten sich die Arbeiter merken! Sie hätten mit der Unterstützung der ohnehin viel zu mangelhaften Apparate für Spiritus nur den übermächtigen sie ausbeutenden agrarischen Ring. Fort mit all dem gesundheitsgefährlichen Zeug aus den Wohnungen jedes Arbeiters, der etwas auf sich hält. Die Arbeiter haben es diesmal selbst in der Hand, diese Waare zu verwenden oder nicht. Selbst in Großstädten wie Berlin, wo jedermann, auch der Unbemittelte, durch Automaten das saubere, billige und ungefährlichere Gas erhalten kann, wird viel zu viel von diesem Spiritus verbraucht. Es geht es mit anderen Verwendungszwecken auch. Dem Ringe wird vielleicht, da sich doch zu große Miststände bei der Verhandlung gezeigt haben, ein wenig das Handwerk gelegt werden, aber sein Monopol bleibt einweilen bestehen. Und da der deutsche Arbeiter hierzu auch etwas zu sagen hat, wird er, da sein eigener Vorteil in diesem Falle zulammentrifft mit dem Schaden seines Erbfeindes, es an sich hoffentlich nicht fehlen lassen und die Spiritusbrenner im Besitze ihrer Waare lassen.

Wochenchau.

Berlin, 8. Mai 1906.

Die diesjährige **Maifeier** wird in einem Artikel des „Vorwärts“ als ein großer Triumph gefeiert. Insbesondere werden die Sozialdemokraten Berlins gelobt, weil sie so zahlreich an der Feier teilnahmen. Nach dem „Vorwärts“ sollen in Berlin etwa 49 000 Arbeiter an den Maiveranstaltungen teilgenommen haben. In anderen Blättern wird diese Angabe als Übertreibung hingestellt und die Zahlen auf nur 20 000 Personen angegeben. Die Gesamtzahl der Arbeiterschaft von Berlin beträgt fast 1/2 Million; selbst wenn also die vom „Vorwärts“ angegebene Ziffer richtig ist, haben doch nur etwa 10 pCt. der Arbeiter an der Feier teilgenommen. Im Jahre 1903 sind bei der Reichstagswahl in Berlin 218 238 sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden. Läßt man also die vom „Vorwärts“ angegebene Zahl der Maifeierleute gelten, dann hat noch nicht einmal 1/4 der sozialdemokratischen Partei die Maifeier mitgemacht. Gegenüber der Renommee im „Vorwärts“ ist es gut, diese Ziffern festzustellen. Sie zeigen, daß das sozialdemokratische Zentralkomitee wenig Ursache hat, von einem großen Triumph zu reden, wo es sich in Wirklichkeit um ein Fiasko handelt. Die Herrschaften in der Lindenstraße in Berlin kennen aber ihre Pappenhäuser, die es lieben, sich mit vollwändigen Nebenarten trunken machen zu lassen.

In den Zeitungen der rechtsstehenden Parteien wird darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften trotz des Kampfes innerhalb derselben gegen die Maifeier ihren Zusammenhang mit der Sozialdemokratie offen bekundet hätten und in ihrer Bekanntmachung ausdrücklich empfahlen den Anschluß an die sozialdemokratische Partei. Die politischen Führer spielten die Masse gegen die vorsichtigeren Gewerkschaftsführer aus, um diese zu zwingen, den revolutionären Gedanken zu vertreten. Die freikonservative „Post“ will aus diesen Vorgängen erkennen, daß die Gewerkschaften auf dem Marsche sind, als die Träger der eigentlichen revolutionären Aktion in Funktion zu treten.

Infolge der Maifeier sollen in Berlin etwa 20 000 Arbeiter ausgesperrt worden sein. Auch die Gewerkschaften sind vereinzelt bei der Aussperrung beteiligt, so der Gewerkschaft der Maschinenbauer mit 235 Mitgliedern. Am Montag sollten die Aussperrungen ihr Ende erreichen. Die Unternehmer wollen aber nicht alle ausgesperrten Arbeiter wieder einstellen, weshalb die Aussperrten der betreffenden Betriebe erklärt haben, die Arbeit nur dann wieder auf-

nehmen zu wollen, wenn alle Aussperrten wieder eingestellt würden. Die Maifeier kann hiernach obendrein noch langwierige schwere Kämpfe in der Metallindustrie zur Folge haben. Es muß aber dann die Arbeiterschaft darauf hingewiesen werden, daß diese Kämpfe nicht um die Erringung besserer Arbeitsbedingungen geführt werden, sondern nur der parteipolitischen Zwecken dienenden Maifeier wegen.

In Berlin fand am 2. Mai eine **Versammlung des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller** statt, in welcher von den 28 vertretenen Verbänden 26 mit 320 000 Arbeiter beschloßen, die Verbände Hannover, Braunschweig, Dresden, Breslau, Frankfurt a. M. und Ostpreußen durch Arbeiteraussperrungen zu unterstützen. In den nächsten Tagen soll die Frist festgesetzt werden, innerhalb welcher die Ausständigen zur Arbeit zurückkehren sollen. Wo diese Frist nicht inne gehalten wird, soll eine Entlassung von Arbeitern der Metallindustrie in großem Umfange vorgenommen werden. Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller läßt dann ferner mitteilen, daß eine von ihm eingesetzte Kommission die Arbeitsbedingungen, insbesondere auch die Löhne und Arbeitszeiten geprüft und gefunden habe, daß sie keinen berechtigten Anlaß zu dem Ausstande gegeben hätten. Mit dieser Behauptung macht der Verband der Metallindustriellen sich geradezu lächerlich. Wenn eine solche Prüfung irgend einen Wert haben soll, dann kann sie nur vorgenommen werden entweder von außerhalb der Interessentengruppe stehenden, objektiv urteilenden Männern der Wissenschaft oder aber unter Mitwirkung der Arbeiterorganisationen.

Aus Dresden erhalten wir vom Kollegen B. folgende **Zuschrift**: Der dritte soziale Ausbildungskursus des Verbandes der Evangelischen Arbeitervereine Deutschlands zu Dresden wurde am 29. April, nachmittags 3 Uhr, in dem großen Hörsaal der neuerbauten Königlich-Kunstgewerbeschule von dem Vorsitzenden des Gesamtverbandes, Herrn Lic. Weber-M. Gladbach, feierlich eröffnet. Außer den 66 ordentlichen Hörern, darunter 4 Mitglieder der Deutschen Gewerkschaften und ca. 30 Hospitanten, waren die Vertreter der Königlich- und Städtischen Behörden sowie der gesamte Lehrkörper vertreten.

Ausgehend von dem Grundgedanken der Evangelischen Bewegung ging der Vorsitzende auf die Gründe zur Veranstaltung solcher Kurse näher ein. Es müsse unbedingt der Versuch gemacht werden, die Kluft, welche sich zwischen den einzelnen Bevölkerungsschichten gebildet habe und zur vollständigen Isolierung der Arbeiter führe, zu überbrücken. Dazu müßten alle Teile mithelfen; die einen, indem sie die berechtigten Forderungen der Arbeiter auf Anerkennung ihrer Berufsorganisation unterstützen; die Arbeiter dadurch, daß sie sich bemühen, die wirtschaftlichen Vorgänge objektiv beurteilen zu lernen. Nachdem Dr. Bötinger im Namen der Dozenten die Gliederung der Vorträge skizzierte, betonte er, daß nicht nur die Hörer, sondern auch die Lehrer als Empfangende in Betracht kommen, indem sie aus dem praktischen Arbeiterleben Befruchtung ihrer eigenen Lehrtätigkeit erwarten. Sodann ging der Vorsitzende des Sächsischen Landesverbandes, Pastor Winter, auf die mannigfachen Schwierigkeiten derartigen Unternehmungen näher ein, betonte aber auch gleichzeitig, daß durch das freudige Zusammenwirken aller Beteiligten alle Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt würden.

Nachdem noch die Vertreter der Behörden und beteiligten Korporationen die Teilnehmer begrüßt hatten, gab der Vorsitzende, Lic. Weber, der Hoffnung Ausdruck, daß sich dieser 3. Kursus seinen Vorgängern würdig an die Seite stellen könne in seinen Erfolgen, diese aber möglichst noch übertreffen möge.

Der **Gesamtwurf betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine** soll nun im Reichsamt des Innern fertig gestellt sein. Der „Hannoversche Kurier“ weiß über den Inhalt desselben Folgendes mitzuteilen:

Im allgemeinen werden den Berufsvereinen dieselben Bedingungen gestellt für die Bereitung der Rechtsfähigkeit, wie anderen Korporationen, die die Rechte einer juristischen Person erlangen wollen. Ebenso wie diesen sollen auch den Berufsvereinen die verbleibenden Rechte wieder entzogen werden dürfen, wenn die vorgeschriebenen Satzungen nicht oder nicht genügend befolgt werden. Außerdem aber sollen den Arbeiterorganisationen die Korporationsrechte auch entzogen werden können, wenn sie sich zu terroristischen Maßnahmen gegen Arbeitsgenossen, also zu Aussperrungen verhalten lassen, ferner, wenn sie Bonstoffe verhandeln über Fabriken, Geschäfte usw., ferner, wenn sie an Ausständen teilnehmen, die den Fortbetrieb öffentlicher Wohlfahrtsanstalten gefährden, wie die Versorgung der Gemeinden mit Gas, Wasser, elektrischem Licht usw.

Hoffentlich wird der Gesamtwurf nunmehr amtlich veröffentlicht, damit übersehen werden kann, welche Bedeutung die vom „Hannoverschen Kurier“ angedeuteten Bestimmungen haben. Bis dahin wollen wir uns der Kritik enthalten.

Frankfurtermittelschwindel. Der Polizeipräsident von Berlin erläßt folgende

Warnung. In hiesigen Zeitungen wird in letzter Zeit von der Firma „Coza Institut, 62 Chancery Lane, London W. C.“ eine Gratisprobe von dem „wunderbaren Cozapulver“ angeboten. Cozapulver soll die Wirkung haben, daß durch seinen Zusatz zu den Getränken dem Trinker die Spirituosen widrig vorkommen und er deshalb das Trinken unterläßt. Das Mittel besteht im wesentlichen aus verunreinigtem doppeltkohlenurem Natrium und besitzt keineswegs die ihm beigelegten Eigenschaften. Da es für 10 bis 20 Mark abgegeben wird, obwohl der wahre Wert des Mittels nur wenige Pfennige beträgt, so wird vor einem Bezug durch das Coza-Institut dringend gewarnt.

Berlin, den 3. April 1906.

Der Polizeipräsident. von Borries.

Arbeiterbewegung. Die Maifeier, vom Gewerkevereinsstandpunkte eine überflüssige und alberne Demonstration, hat eine bedeutende Ausbreitung der Ausstandsbewegung mit sich gebracht. Insbesondere sind es die Arbeiter in der Metallindustrie und dem Baugewerbe, welche am tiefsten in den sauren Äpfel der unfreiwilligen Mühe beißen müssen. Viel von den unten angeführten Streiks und Ausperrungen haben ihre Ursache in der Arbeitsruhe am 1. Mai. In Königsberg stellten die Holzarbeiter einer großen Firma Forderungen auf Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit, Abschaffung der Akkordarbeit, Festsetzung eines Stundenlohnes und Bezahlung der Ueberstunden. Die Firma lehnte jede Verhandlung ab. Der Arbeitgeberverband für die Holzindustrie sprang dem bedrängten Arbeitgeber zur Seite und stellte die Ausperrung sämtlicher Holzarbeiter in höhere Aussicht, wenn die streikenden Arbeiter nicht bis zum 10. Mai die Arbeit wieder aufgenommen haben. — Die Bauarbeiter in Köln (Rhein) haben eine Lohnverhöhung bei ihren Arbeitgebern durchgesetzt. Von dem geforderten Lohnzuschlag von 5 Pfg. bewilligten die Unternehmer 3 Pfg. sofort und weitere 2 Pfg. vom 1. Mai 1907 ab. Es sind nur noch die Arbeitsbedingungen der Buzer und Fuger zu regeln. — Die Maurer und Zimmerer in Kpolda verlangten von den Meistern, daß der Mindestlohn für die Stunde auf 40 Pfg. festgestellt werden solle, während die Zimmerer bisher 27—31 Pfg., die Maurer 32—35 Pfg. erhielten. Die Meister waren bereit, vorläufig einen Mindeststundenlohn von durchschnitt 33 Pfg. zu bewilligen. Zum 1. Oktober sollen dann feste Lohnsätze vereinbart werden. Einen bindenden Beschluß haben die Arbeiter dazu noch nicht gefaßt. — In Erfurt sind wegen Differenzen bezüglich der Ueberstunden 300 Maurer in den Ausstand getreten. — Die Ausperrung der Bauhandwerker in Wosen wird seitens der Arbeitgeber im vollen Umfange aufrecht erhalten. Nur wenige außerhalb des Arbeitgeberverbandes sich befindende Unternehmer haben die Forderungen der Arbeiter bewilligt. Die bisher geführten Verhandlungen verliefen resultatlos. Am heutigen Tage werden dieselben fortgesetzt. — In Hirschberg befinden sich 100 Zimmerleute und 175 Maurer bereits seit einigen Wochen im Streik. Die Arbeitgeber verlangen die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit, wozu sich die Arbeiter jedoch nicht entschließen können. — 500 Arbeiter der Holzindustrie in Hamburg, die wegen der Maifeier auf einige Tage ausgesperrt waren, verlangten als Gegenmaßregel 5 Pfg. pro Stunde Lohnverhöhung. Als das nicht gewährt wurde, stellten die Arbeiter in 14 großen Betrieben die Arbeit ein. — Die Lohnbewegung im Schreinergerwerbe zu Dortmund scheint, da eine Einigung bis jetzt noch nicht erzielt wurde, zum Streik zu führen. — Zur Beilegung der Metallarbeiterausperrung in Dresden fanden in den letzten Tagen Einigungsverhandlungen statt, die jedoch resultatlos verliefen. Auch in Breslau ist eine Veränderung auf dem Kampfplatze nicht zu verzeichnen. Anlässlich des Streiks in der Metallindustrie zu Düsseldorf beabsichtigen die Arbeitgeber, sämtliche Formen auszusperren, wenn bis zum 15. Mai eine Einigung nicht erzielt wird. Die Formen in Offenbach haben durch Verhandlungen insofern günstige Erfolge erzielt, als von zehn Firmen sechs die Forderungen der Arbeiter anerkannten. In Darmstadt und Frankfurt a. M. zeitigten die geführten Verhandlungen ein erfreuliches Ergebnis. Mehrere größere Firmen haben mit den Arbeitern Vereinbarungen getroffen, die zur Wiederaufnahme der Arbeit führten. Die Arbeiter der Metallwerke in Rote Erde bei Aachen haben ihre Lohnbewegung mit einem vollen Erfolge beendet. — Die Lohnbewegung im Hamburger Klempner- und Mechanikergewerbe scheint gleichfalls einen günstigen Abschluß zu finden. Die Zunung erliefte in einem Rundschreiben ihre Mitglieder, den Stundenlohn für Gesellen über 21 Jahre auf 85 Pfg. zu erhöhen, die übrigen Arbeitsbedingungen aber unverändert beizubehalten. — In Bauen haben die Malergehilfen einen Vohntarif mit den Meistern abgeschlossen, der folgende Arbeitsbedingungen vorsetzt: Die Arbeitszeit beträgt 9½ Stunden, der Minimallohn für Gehilfen unter 20 Jahren und Anstreicher 34 Pfg. für solche über 20 Jahren 40 Pfg.; Ueberstundenarbeit wird mit 33¼ pCt Zuschlag bezahlt. Außerdem wird die Arbeit auf dem Lande besonders entschädigt. — Die Maler in

Zwickau traten in eine Lohnbewegung ein. — In der Rheinischen Gummi- und Celluloidfabrik in Mannheim befinden sich 3000 Arbeiter im Ausstand. — Der Streik im Mitteldeutschen Braunkohlenrevier ist insofern in ein anderes Stadium getreten, als sich die Werkbesitzer zu Verhandlungen bequemen. — In den Schlesienschen Kohlen- und Kokswerken dürfte der Ausstand gleichfalls in Bälde beigelegt werden, da auch hier Verhandlungen im Gange sind. — Sämtliche Arbeiter der Braunkohlenbergwerke in Guben haben wegen Ablehnung einer Lohnverhöhung die Arbeitsstätte verlassen. — Der Ausstand der Färber bei der Firma Spindler in Spindlersfelde bei Berlin dauert fort. Die Firma hat es abgelehnt, vor dem Einigungsamt zu verhandeln. — In Berlin haben die Schokoladenhersteller beschlossen, in den Streik einzutreten, wenn eine nochmalige Vorstellung bei den Meistern ohne Erfolg sein sollte. — Der Streik der Schuhmachergesellen in Guben ist den Meistern zu schnell und ohne jedes Aufsehen verlaufen. Die Meister bewilligten deshalb die Forderungen der Gesellen, um auch ihrerseits einen Aufschlag für Schuhwaren machen zu können. Durch die Zuverlässigkeit der Meister hatte das große Publikum von der ganzen Bewegung nichts gemerkt. — Die Lederarbeiter in Gersdorf errangen eine zehnprozentige Lohnaufbesserung und sonstige kleinere Zugeständnisse. In Neumünster, Burg und Magdeburg schweben noch Verhandlungen. — In Bremen haben die Sattler einen verbesserten Vohntarif abgeschlossen, der bis zum 1. April 1909 Gültigkeit hat. — Die Leipziger Barbier- und Friseur haben an die Meister folgende Forderungen gestellt: Der Mindestlohn soll 19 Mk. ohne Kost oder 13 Mk. mit halber Kost betragen. Außerdem soll die Arbeitszeit 13 Stunden betragen und der zweite Feiertag an hohen Festen freigegeben werden.

Eine interessante Rede hielt in der belgischen Kammer am 3. Mai der liberale Parteiführer Abg. Paul Dymans. Diese Rede faßte das gemeinsame Wahlprogramm der Oppositionsparteien zusammen und forderte den Schulzwang, den persönlichen Verzeßdienst, eine Wahlreform und eine wirksame Arbeiterschutzgesetzgebung. Der Redner führte aus, daß es in Belgien zur Zeit noch mindestens 100000 Kinder im schulpflichtigen Alter gibt, die weder eine staatliche noch eine Privatschule besuchen und daher ohne jede geistige Kultur aufwachsen. Unter den Erwachsenen gibt es in den verschiedenen Provinzen 18—50 pCt. von Personen, die weder lesen noch schreiben können. Das mittelalterliche Soldnerstümme dürfe nicht mehr aufrechterhalten werden. Die Stellotretung im Militärdienst habe so zahllose Mißstände hervorgerufen, das dies nicht mehr mit angezehen werden könne. Wer in Belgien Geld hat, kann sich dadurch vom Militärdienst frei machen, daß er irgend einen anderen gegen Bezahlung dienen läßt. Die Arbeiterschutzgesetze seien nur Scheingesetze, ohne die geringste praktische Wirkung. Daher müsse man zu einem wirklichen Arbeiterschutz kommen. Alle Wähler stimmen darin überein, daß die Rede Dymans einen tiefen Eindruck gemacht habe.

Die französischen Parlamentswahlen, die am letzten Sonntag in ganz Frankreich und seinen Kolonien unter einem großen Aufgebot von Militär zum Schutze gegen revolutionäre Ausschüsse stattfanden, haben der Regierung einen Sieg gebracht. Die Mehrheit des französischen Volkes hat durch die Abgabe der Stimmzettel bewiesen, daß es mit der Trennung von Staat und Kirche durchaus einverstanden ist. Im ganzen sind in Frankreich und Kolonien 591 Abgeordnete zu wählen. Bisher wurden für die Regierungsparteien einschließlich der Sozialisten, die in den meisten Fragen zur Regierung halten, zwei Drittel und für die Clerikalen und Monarchisten ein Drittel aller Stimmen abgegeben. Die ausstehenden Wahlergebnisse werden an diesem Stimmverhältnis keine Veränderung hervorrufen.

Bemerkenswert ist die bunte Mannigfaltigkeit des französischen politischen Parteilebens. Wenn das Sprichwort recht hat, das da behauptet: „Wer die Wahl hat, hat die Lual“, so muß das französische Volk am letzten Sonntag große Lual ausgehandelt haben. Es hatte zu wählen zwischen: Clerikalen, Nationalisten, Konservativen, Progressisten, republikanischen Linken, Radikalen, sozialistischen Radikalen, vereinigten Sozialisten und unabhängigen Sozialisten.

Zum ersten Male zieht auch ein wackechter Marxist in die Deputiertenkammer: Paul Guesde. Ob er lange mit dem Radikalen Jaurès in Frieden und Freundschaft leben wird?

Ein Ultimatum. d. h. eine bedingte Kriegsandrohung hat England gegen die Türkei gerichtet, falls diese nicht bis zum 14. Mai angeblich widerrechtlich besetzte Gebiete der Sinaihalbinsel räumt. Das gekannte Verhältnis zwischen England und der Türkei ist eine Folge der veränderten Weltlage seit der russischen Niederlage im japanisch-russischen Kriege. Für Deutschland hat das ferne kriegerische Wetterleuchten insofern Bedeutung, als — wie man sagt — England den Einigrenzstreit nur zum Vorwande nimmt, um eine Aufstellung der Türkei in die Wege zu leiten, wobei Deutschland leer ausgehen soll.

Wer nicht zu der Handvoll Diplomaten gehört, die hier ihre Hände im Spiele haben, vermag natürlich nicht zu erkennen, ob hinter dem Rauche ein Großfeuer oder ein Strohhaufen steht.

Feuilleton.

* Gemischtgeschlechtlicher Unterricht.

Der gemeinsame Unterricht von Knaben und Mädchen gehört zu den Unterrichtsproblemen, die durch die Erfahrung in langjähriger Praxis gelöst werden können. In Deutschland, wo ein buntes Durcheinander von verschiedenen Schulsystemen nebeneinander besteht, ist der gemischtgeschlechtliche Unterricht vorzugsweise in den Volksschulen, namentlich auf dem Lande in gewissen Gebieten verbreitet. In vielen anderen Ländern dagegen, mit Ausnahme von Frankreich, wo die jungen Mädchen in streng klösterlicher Abgeschlossenheit für sich allein erzogen werden, empfangen Knaben und Mädchen, auch in den höheren Lehranstalten gemeinsam den Unterricht. In Norwegen begann die Bewegung für gemischtgeschlechtlichen Unterricht 1844 und führte 1896 zur vollen staatlichen Anerkennung. In Dänemark waren schon 1898 von 85 Realschulen 55 auch für Mädchen geöffnet. In England sind 65 pCt., in Schottland 97 pCt. und in Irland 51 pCt. aller Schulen beiden Geschlechtern zugänglich. Aber auch in Holland und in der Schweiz sind viele höhere Schulen zum gemeinsamen Unterricht für Knaben und Mädchen eingerichtet. In Stockholm wurde 1876 von Direktor Palmgren eine Realschule gegründet, die großen Ruf erwarb. Sie zählt 200 Schüler im Alter von 6 bis 20 Jahren; die Hälfte davon sind Mädchen, welche in allen Klassen, von der niedrigsten bis zur höchsten, an der Seite der Knaben in denselben Vorlesungen unterrichtet werden. Gewöhnlich sind die Klasse so verteilt, daß je ein Knabe und ein Mädchen zusammenliegen. Das klassische Land des gemischtgeschlechtlichen Unterrichts ist jedoch die nordamerikanische Union. In den Vereinigten Staaten von Amerika liegen die Verhältnisse umgekehrt wie in Frankreich und in Deutschland. Dort ist der gleichgeschlechtliche Unterricht die Ausnahme.

Einen interessanten Einblick in die amerikanischen Schulzustände gewährt die diesjährige dieser Frage gewidmete wissenschaftliche Zeitschrift der *Zeitschrift für höhere Mädchenschulen* zu Berlin. Der Verfasser, Direktor Dr. Carl Grundscheid, scheint zur Erörterung des Gegenstandes besonders berufen zu sein, da er zuerst 6 Jahre an einer deutschen und fast ein Jahr an einer englischen gemischtgeschlechtlichen Schule unterrichtete, dann 11 Jahre an einer Knabenmittelschule lehrte und seitdem an der *Zeitschrift für höhere Mädchenschulen*, tätig ist. Dr. Grundscheid ist ein begeisterter Befürworter des gemischtgeschlechtlichen Unterrichts im allgemeinen und der amerikanischen Schulen im besonderen. Er kommt am Schlusse seiner gründlichen Untersuchung zu dem Resultat, auch für Deutschland die gemeinsame Unterweisung von Knaben und Mädchen zu beschließen — allerdings nur bis zum 14. Lebensjahre.

Um dem Leser ein eigenes Urteil in dieser Frage zu ermöglichen, ist es nötig, den geschichtlichen Werdegang der nordamerikanischen Schulen zu skizzieren.

Das Häuflein englischer Kolonisten, das 1630 an der Massachusetts-Bai landete und den Grundstein zu dem heutigen Großstaat der Vereinigten Staaten von Amerika legte, war ein ganz besonderes Volk. Sie hatten nur ihre Heimat verlassen, weil man ihnen dort verwehrte, ihrem tief religiösen calvinistischen Glauben zu leben. Auf dem Boden der neuen Welt dagegen konnten sie sich in ihren asketischen Idealen ganz ausleben. Ihre Weltanschauung mündete in dem Wahlspruch: „Das Leben ist nicht der Freude, sondern der Pflicht wegen da“. Es ist klar, daß für ein Volk von diesem religiösen und stillosen Fanatismus moralische Gefahren in dem gemischtgeschlechtlichen Schulunterrichte nicht bestanden. Der gemeinsame Unterricht von Knaben und Mädchen war billiger als der getrennte; folgedessen war er zweckmäßiger und wurde durchgeführt. Er galt und gilt heute noch als Sache der Einzelstaaten. Die Bundesregierung übt keinerlei Art von Aufsicht über das Schul- und Erziehungsweesen aus.

Trotzdem herrscht in fast allen Einzelstaaten eine große Uebereinstimmung der Organisation. Die gesamte Volksbildung ruht auf einem gemeinsamen Unterbau der öffentlichen Schule. Diese umfaßt einen zwölfjährigen Kursus. Mit 6 Jahren tritt der Schüler in die *Unterschule* (Primary School) ein, die ebenso wie die *Mittelschule* (Grammar School), die er vom 10. bis 14. Lebensjahre durchmacht, verpflichtend ist. Das Schuljahr zählt nur 147 Tage. Der weitere Schulbesuch ist freiwillig. An die *Mittelschule* schließt sich die *Oberschule* (High School) mit 4 jährigem Kursus und an die *Oberschule* die *Klosterähnlichen Colleges*, in denen der Studierende als Pensionär 3 Jahre wohnt, isst und studiert. Die letzte Bildungsanstalt ist die *Univerſität*. Der gesamte Unterricht für 12 Jahre ist frei. Vielfach werden auch die Lernmittel frei geliefert. Zur Befreiung der Schulausgaben gehört der 38. Teil der öffentlichen Einnahmen dem *Schulfonds*. Fast die gesamte öffentliche Schule ist gemischtgeschlechtlich. Knaben und Mädchen werden in demselben Raume

gleichberechtigt unterwiesen, ausgenommen im Turnen und Handfertigkeitsunterricht. Neugeant befinden sich 16 Millionen Kinder oder 93 pCt. aller Schüler der Vereinigten Staaten gemischtgeschlechtliche Schulen.

Die für Frauen wie Männer gleiche Bildungsmöglichkeit jenseits des Ozeans hat die uns Europäer besorgende Erscheinung gezeitigt, daß es in den Vereinigten Staaten 332 252 Lehrerinnen und nur 117 035 Lehrer gibt. Die erste Universität der Union entstand in Ohio 1820. Sie war beiden Geschlechtern gleichmäßig offen. Erwähnenswert ist es, daß 2/3 aller Oberlehrer dem weiblichen Geschlechte angehören, ein Umstand, der einem deutschen Schriftsteller den Ausruf entlockte: „In Amerika würden auf den höheren Schulen auch Knaben gebildet.“ Welchen Verus die studierenden Frauen in Amerika bevorzugen, läßt sich nicht sagen. Eine Statistik machte es wahrscheinlich, daß lediglich die Aussichten auf spätere Anstellung für die Berufswahl entscheidend sind.

Natürlich gibt es in den Vereinigten Staaten von Amerika auch Gegner der gemischtgeschlechtlichen Erziehung und der Frauenbildung überhaupt. Diesen aber stehen leidenschaftliche Freunde und Befürworter dieses Systems gegenüber. Von den Entschiedensten hervorragender Fachleute mögen die folgenden angeführt werden. Cyrene MacDonald kommt am Schlusse einer Abhandlung zu dem Urteile: Das weibliche Geschlecht ist dem männlichen geistig weit überlegen. Unter gleichen Bedingungen zeigen die Mädchen von Anfang an geistig hervor. Das dumme Mädchen ist nicht so unmissend wie der dumme Knabe.

Nim entgegen Fernald: die Mädchen erweisen sich nur im Antworten und Aufzählen besser. Intelligenz muß aber nicht nach Gedächtnisarbeit gewertet werden, sondern nach der Fähigkeit, erworbene Kenntnisse zu verwerten. Dr. Harris, Leiter der Schulen von St. Louis, erklärt: Gemischtgeschlechtliche Erziehung ist billig, praktisch, mindert die geschlechtliche Spannung und lehrt Knaben wie Mädchen sich nach ihrem wahren Werte achten.

Im Jahre 1883 fanden die ersten statistischen Erhebungen über die gemischtgeschlechtliche Erziehung statt. Sie ergab, daß die größere geistige Anstrengung die Mädchen nicht in ihrer Gesundheit schwächt. Fast 50 pCt. setzten in den kritischen Tagen jegliche Übung aus.

Die Hauptgegner des gemischtgeschlechtlichen Schulunterrichts sitzen in Boston. Hier wurden bei einer Umfrage von Geistlichen und Lehrern diese Vorschläge und Ansichten geäußert: Klosterhafte Knaben sind besonderen Schulen zu überweisen. In Großstädten ist die Trennung der Geschlechter besser. In städtisch stehenden Stadtvierteln sowie in großen Oberschulen und in allen Pensionsschulen müssen ebenfalls die Geschlechter getrennt werden. Die ganze Atmosphäre der gleichgeschlechtlichen Schulen ist rein und darum gesünder. Im Gegensatz hierzu sehen wieder andere Väter in der gleichgeschlechtlichen Schule eine von dem gesunden Familienbrauche abweichende schädliche Einwirkung.

Der Meinungsstreit von für und wider wirkt in Amerika nicht mehr verwirrend. Das Problem ist bereits, wie gesagt, praktisch zu Gunsten der gemischtgeschlechtlichen Schule gelöst worden. In Deutschland hat die frauenfreundliche Idee ebenfalls bereits an einigen Stellen Wurzeln geschlagen. In den Großherzogtümern Baden und Oldenburg werden in kleineren Städten einige Realschulen auch von Mädchen besucht, und neuerdings ist in Hesse-Darmstadt einigen jungen Mädchen die Aufnahme in ein Realgymnasium gestattet worden.

Im Interesse der Sache muß man wünschen, daß der gemischtgeschlechtliche Unterricht mit derselben Vorurteilslosigkeit wie bisher in Deutschland behandelt wird, dann wird es leichter sein, für ihn zu wirken, als wenn man ihn zur Parteilache erhebt.

Gewerkevereins-Teil.

§ Härtenmalde. Die Lohnbewegung der Schneider. (S. Nr. 12 des *Gewerkevereins*.) Nachdem durch die Verhandlungen am 6. März ein zufriedenstellendes Resultat für beide erzielt und von den beiderseitigen Kommissionen als gültig erklärt und unterschrieben worden war, erhielt der Vorsitzende der Lohnkommission unter dem 17. März 1906 vom Obermeister der hiesigen Zunft ein Schreiben, welches folgende Bedingung enthielt: „Die letzte Verammlung der Arbeitgeber hiesiger Schneider-Zunft nimmt den zweifelhaften Tarif, welcher mit unserer Kommission vereinbart ist, für Zwillararbeit an, jedoch nur, wenn sämtliche Arbeitgeber nach Bedarf auch zweifelhafte Arbeiter einstellen können.“ Nach diesem Wortlaut beantragten die Arbeitgeber, daß auf jeder Werkstatt zwei Klassen gezahlt werden können. Dieses ist bei der Verhandlung am 6. beantragt, von uns und sogar von den Arbeitgebern als nicht durchführbar abgelehnt worden. Es hielt die Lohnkommission sich an die getroffene Vereinbarung und lehnte die von der Zunft gestellte Bedingung ab. Da wir keine weiteren Verhandlungen mit der Zunft wegen Zeitverschwendung aufnehmen und wir im Falle einer Arbeitsunterbrechung keine Unterstützung von Seiten der Verbändler erhalten konnten, so mußte nach Möglichkeit jede Arbeitseinstellung vermieden werden. Es wurde am 19. März jedem einzelnen Arbeitgeber der Tarif zur Unterschrift vorgelegt unter Klarstellung der von der Zunft gestellten Bedingung, und erhielt der Tarif 12 Unterschriften für die 1. Klasse und zwei für die 2. Klasse; drei Arbeitgeber verweigerten

Me Hutefchrift. Die organisierten Kollegen waren aber vollständig gedeckt und konnten weiterarbeiten. Diejenigen Meister, die die Annahme verweigerten, lassen zum Teil in und außer dem Hause arbeiten, es war aber nicht möglich, die Arbeitnehmer derselben der Organisation zuzuführen. Es wurden vom Vorsitzenden der Lohnkommission weitere Verhandlungen mit dem Zunangs-vorstand geführt zur Festlegung des Tarifs und Uebernahme der Kosten für die Werkstatt-Tarife, jedoch haben wir keinen Erfolg erzielt, da der Zunangs-vorstand jede Verhandlung ablehnt, trotzdem der Obermeister und der Vorsitzende der Kommission der Arbeitgeber den Tarif unterzeichnen hat. Es ist nun allerdings kein durchgreifender Sieg errungen, denn es mußte vor allem dafür gesorgt werden, daß der Tarif von der Zunang angenommen und festgelegt wurde, damit er für alle Zunangsmesser gültig war. So können wir uns nur an die Hutefchriften der einzelnen Arbeitgeber halten und den geeigneten Zeitpunkt abwarten, wo wir erfolgreich gegen die Arbeitgeber vorgehen, die ihre Hutefchrift noch nicht g.a.b.n haben. Wir ersuchen alle Kollegen, nur auf Grund des hier vereinbarten Tarifs zu arbeiten. Gewerkevereins-Kollegen! Strebt danach, daß die Unorganisierten sich bald uns anschließen. Jeder ein Agitator.

Stettin. Die Lohnbewegung der Maler Stettins und das Verhalten der Verbändler. Die Kollegen Stettins sind schon seit 3 Jahren bemißt, sich besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu eringen, mit welchem Erfolg und welcher Art die Taktik ist, um zum Ziele zu gelangen, das zu erlangen, dürfte für alle Gewerkevereinskollegen von Interesse sein. Der vor 6 Jahren von Gewerkevereins- und Verbändlern gemeinsam durchgeführte Tarif, der den Kollegen einen Mindestlohn von 40 Pfg. bei wöchentlichem Arbeitszeit garantiert, wurde vor sechs Jahren in einer öffentlichen Gehilfen-Versammlung der Majorität der Verbändler zu künftigen Beschlüssen. Ein gemeinsames Arbeiten war inzwischen unmöglich geworden, weil durch das Verhalten des Herrn v. Berlin, eines der wichtigsten Gewerkevereinsreferenten, wir genötigt waren, dessen Angriffen gegenüber zu treten. Nachdem der getätigte Tarif abgelaufen, hatten die sonst so „zielbewußten“ Verbändlersowohl leider vergessen, der Gehilfenaktion als auch der Zunang einen neuen Tarif zur Beschlußfassung resp. zur Verhandlung zu unterbreiten. Ein unserseitig ausgearbeiteter Tarifvorschlag, der für die Jahre 1904 45 Pfg., 1905 50 Pfg., 1906 55 Pfg. Mindestlohn neben den üblichen Forderungen enthielt, wurde von der Majorität der Verbändler in einer öffentlichen Versammlung, in welcher Verbandsgenosse Goldschmidt-Berlin über die Bedeutung der Tarifgemeinschaften referierte, mit dem Bemerkten abgelehnt, daß man sich nicht binden wolle. Wir liegen uns dadurch nicht abstritten, den obengenannten Tarif der Zunang mit eingehender Begründung einzureichen. Gleichzeitig wurde der aus Verbändlern zusammengesetzte Gehilfen-Ausschuß ersucht, den Tarifvorschlag bei der Zunang zur Anerkennung zu bringen. Wie wir nicht anders erwartet hatten, lehnte die Zunang ein Eingehen auf unseren Vorschlag mit dem Bemerkten ab, daß sie ohne auf unsere „wohlgemeinten“ Vorschläge näher eingehen zu können, nur mit dem Gehilfen-Ausschuß verhandeln könne, der nun seinerseits, wie vorauszuhaben, keine Hand führte, um die Verhandlungen vorwärts zu bringen. Nachdem wir uns der Beweis erbracht war, daß der gewählte Gehilfen-Ausschuß nur „Vandalen“ der Vereinigung der Deutschen Maler sei, indem derselbe nur die Beschlässe der Illustrierten Stettin d. V. auszuführen sich verpflichtet halte, beschloß man eine abwartende Stellung einzunehmen. Zu Beginn des Frühjahres 1905 begannen wiederum die vom Verbande infanterien Agitations-Streitversammlungen, um vorerst hauptsächlich die fabrikmäßig gewordenen Mitglieder wieder zu sammeln. Um den Kollegen aber auch zu zeigen, daß man die Verbesserung der Lage der Kollegen nicht vergessen, wurde der Gehilfen-Ausschuß in dieser ersten Versammlung einen von uns ausgearbeiteten Tarif zur Kenntnis nur mit der einzigen Änderung, daß man den Mindestlohn auf 1 Jahr geltend normiert hatte. Trotzdem sahen sich diese Agitatoren nicht zu erklären: das, was die Kirche an Forderungen aufgestellt hätten, grenze an Hungerlöhne. Wir müssen es der Verteilung der Kollegen überlassen, ob es nicht erst Klärerei ist, wenn man von Frieden spricht, der im Gewerbe herrschen soll, dabei aber gleichzeitig einem Tarif das Wort redet, der nur für 1 Jahr Geltung haben soll. Der von den Agitatoren eingereichte Entwurf, der 50 Pfg. Mindestlohn forderte, wurde von der Zunang als zu hoch abgelehnt. Die Herren Zunangsmesser huldigten hier dem Sage: „Wo zwei sich streiten, laßt sich der Dritte ins Aukuchen.“ Als Antwort auf die ablehnende Haltung beschloß man entgegen unserem Vorschlage, das Einigungsamt anzurufen, einen Mindestlohn von 60 Pfg. zu fordern, der wiederum eine Ablehnung erfuhr. Jedoch sei die Zunang geneigt über die anderen Forderungen in Unterhandlungen zu treten. Diese letzte Forderung hat man den Kollegen seitens der Gehilfenvertreter verschwiegen. Man empfahl jetzt als letztes Mittel den Streik, um seinen Forderungen Geltung zu verschaffen. Zu einer Zeit, in der die Bauarbeiten vollständig ruht, grenzt dieses Unternehmen nahezu an Blödsinn. Als es an der Zeit war, etwas zu unternehmen, war die örtliche Leitung des Verbandes vollkommen unfähig einzugreifen. Die jetzige Situation erinnert lebhaft an den Auspruch des Herrn Böhmert-Danig auf der Generalversammlung zu Birzburg (Protokoll Seite 64): Lange Jahre haben wir uns gequält, um die Organisation zu halten, wir waren gezwungen, in den Streik einzutreten.“ Auch in Stettin sind die Grundzüge zur Geltung gelangen. Nicht um des Erfolges willen wollen unsere „zielbewußten“ Kollegen in den Austausch treten, sondern um des Kampfes willen. Die ausgebreitete Saat zeigt ihre Früchte. Zahlreiche Aufgeschicht, wollen die Kollegen endlich einmal sehen, was der „drohende Schritt der Arbeiterbataillone“ zu leisten imstande ist. Man bläht zum Sturm, ohne schlagfertig zu sein. Alle Vorkehrungen werden, wird man sich schnell zusammengerafften Kämpfern Besche legen. Referenten und Bundesgenossen braucht man nicht. Man kennt nur eine Organisation, d. V. d. Maler. Wir (die Verbändler) werden beschließen und die Kirche werden wissen, was sie zu tun haben. Zu allem Ueberflusse hat man den Gewerkevereinsreferenten den Zutritt zu den bis jetzt leghin statgehabten 3 Versammlungen durch Ausgabe von besonderen Einladungen unmöglich gemacht, und doch hält man es von „zielbewußter“ Seite für selbstverständlich, daß die so geschämten „Kirche“, ohne weiter gefragt zu werden, mitmachen müssen, wenn sie nicht „Berrat“ über wollen. Man wird wieder Jeter und Moroto machen; aber sollen wir unsere Selbständigkeit verleugnen, schweijwedelnd ihnen demutvoll die Hand fassen,

hinter ihnen herlaufen, um dann, wenn der Mohr seine Schuldscheit gelan, mittels eines Kustittles bei Seite geschoben zu werden? Im Verlaufe, ihr zielbewußten Kollegen Stettins, wir bekennen noch Ehrgefühl! Wenn ihnen der Begriff hierfür abhandeln gekommen ist, so bedauern wir das. Wir verlangen als gleichberechtigte Organisation anerkannt zu werden. Solange man das nicht will, sind wir gezwungen, unsere eigenen Wege zu gehen und wollen versuchen, zu erreichen, was zu erreichen möglich ist, unbeschümmert um das Gekläff der „Zielbewußten“. Ihr aber Gewerkevereinskollegen allerorts, wenn man euch das Machen von dem Streikbruch der Kirche in Stettin aufbinden will, geht ihnen die gebührende Antwort.

Verbands-Zeil.

Süddeutscher Ausbreitungsverband.

Während der beiden Vorkonferenzen, 15. und 16. April etc., tagte in Weichenburg i. B. der Delegiertentag des Süddeutschen Ausbreitungsverbandes. Aus Anlaß desselben hatte der Ortsverband schon Wochen vorher eine rühmliche Tätigkeit entfaltet, teils in Mitgliederversammlungen, um die Kollegen auf die Wichtigkeit dieser Tage vorzubereiten, teils aber auch in Delegationsarbeiten, um die aus allen Teilen Süddeutschlands eintreffenden Delegierten würdig zu empfangen. Als ersten Punkt mit den Vertretern des Zentralrats, Herrn Klavon, in unserer Mitte mißkommen heißen, dem dann im Laufe des Sonntags Vormittags die übrigen 21 Delegierten folgten. Der Generalrat der Fabrikarbeiter ist vertreten durch dessen 11. Vorsitzenden, Herrn Th. Krämer.

Vorsitzender Seig eröffnet vormittags 11 Uhr die Agitationsleiterkonferenz. Im Verlaufe derselben konnte man aus den Berichten der Agitationsleiter ersehen, mit welchem Erfolge ihre Bemühungen einestells in manden Bezirken gekrönt waren, anderenteils aber auch, mit wieviel Beschwerden es verbunden war, einigermaßen Erfolg zu erzielen.

Nachmittags 2 Uhr erfolgte die Eröffnung des Delegiertentages. Unter ferniger Ansprache begrüßt Vorsitzender Seig die Erschienenen und wünschte besonders unserm Ortsverbande guten Erfolg. Herr Klavon begrüßt die Anwesenden im Namen des Zentralrats. Ebenso Vorsitzender Müller vom Ortsverband. Kollege Heuchel übermittelt die besten Glückwünsche im Auftrage des Generalrats der Bauhandwerker.

An die Begrüßungsworte schließt sich die Bureauwahl, welche folgendes Ergebnis zu verzeichnen hatte: Seig-Göggingen, 1. Vorsitzender, Müller-Weichenburg, 11. Vorsitzender, Gröber-Dibersach, 1. Schriftführer, Dürr-Augsb. 11. Schriftführer. Vorsitzender Seig erstattete den Tätigkeitsbericht, welcher erkennen ließ, daß das verlossene Jahr ein sehr arbeitsreiches war. Viele Agitationsarbeiten wurden unternommen, jährliche Vorträge gehalten. Als besonders erfolgreich muß die Agitationstour nach der Oberpfalz, hauptsächlich Regensburg, gekennzeichnet werden, da dortselbst in ganz kurzer Zeit 21 Mitglieder gewonnen wurden.

Nach dem Tätigkeitsbericht folgt Punkt 5 der Tagesordnung. Unsere Agitation im verlossenen Jahre und wie soll dieselbe in Zukunft geführt werden. Referent: Kollege Bleicher-Augsb. In vorstehenden Worten schilderte er uns seine Erlebnisse in den Versammlungen des vergangenen Jahres, ermunterte die Kollegen zum regelmäßigen Besuch der Versammlungen, heftigsten Wesen der Gewerkevereinsorgane, um unseren Gegnern energisch entgegenzutreten zu können, denn nur in dieser Weise könne die Agitation gefördert werden. Hierauf folgt Schluß der Verhandlungen abends 7 Uhr.

Abends 8 Uhr fand ein Konzert der hiesigen Stadtkapelle zu Ehren der Delegierten statt. Zu demselben erschienen eine große Anzahl der hiesigen Einwohnerschaft, die den Saal bis auf den letzten Platz füllten. Herr Musikmeister Küster hatte aber auch ein vorzügliches Programm gewählt. In einer Ansprache des Kollegen Klavon wurden die Vorteile hervor gehoben, die einzig und allein die Deutschen Gewerkevereine zu bieten im Stande sind. Vor allem betonte Redner, daß die Gewerkevereine jede politische oder religiöse Tendenz ablehnen und sie nur als rein wirtschaftlich neutrale Arbeiterorganisation auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bedacht sind. Mit welcher Begeisterung seine Worte Aufnahme fanden, zeigte der Beifall, welcher ihm am Schluß entgegengebracht wurde. Im Verlaufe des Abends erklärten 20 Personen ihren Beitritt.

Am Diermontag wurden die Verhandlungen fortgesetzt und nahmen ihren Anfang vormittags 8 Uhr. Vorsitzender Seig begrüßt die Anwesenden und erteilt Kollegen Rosenfelder das Wort zur Diskussion, Referat Bleicher betreffend. Ein geradezu traumatisches Bild entrollt derselbe während seinen Ausführungen über die Verhältnisse in Garmisch und das brutale Vorgehen der dortigen Gegner der Gewerkevereine gegenüber. Weiter beteiligen sich an der Diskussion noch die Kollegen Aallischer-Ulm, Ott-Weichhausen, Hillmann-Roth, welche dem Referat ihre volle Zustimmung gaben. Im weiteren Verlauf berichtet Vorsitzender Seig über die Vorgänge des Delegiertentages der Ausbreitungsverbände in Leipzig.

Kollege Zens erstattet Bericht über die Nacht, gibt den Kassabestand und die Tätigkeit im verlossenen Jahre bekannt: wofür ihm bester Dank ausgesprochen wird. Ebenso wird Kollege Bleicher als Redakteur für seine unermüdete Tätigkeit volle Anerkennung zu teil.

Sobann erteilt Vorsitzender Seig Kollegen Ott-Weichhausen das Wort zu seinem Referat: Die Notwendigkeit einer Tagespresse. In vorzüglichem Worten führte derselbe die Gründe an, welche es unvermeidlich erscheinen lassen, die Einführung einer Tagespresse in kürzester Zeit zur Vollendung zu bringen. Denselben Standpunkt teilt Kollege Rosenfelder als Korreferent.

Zu diesem Punkt fand folgende Resolution einstimmige Annahme: Der Delegiertentag des Süddeutschen Ausbreitungsverbandes erklärt, daß die Notwendigkeit einer Tagespresse vollständig anerkannt wird und verpflichtet sich die Delegierten, in ihren Versammlungen diese Frage eingehend zu ventilieren und mit aller Macht dafür zu wirken, daß das Projekt in absehbarer Zeit realisiert werden kann.

Das Ergebnis der Wahl war folgendes: Als Vortr. Augsburg. Ja die Leitung wurden gewählt: 1. Vorsitzender Hr. Seig-Göggingen, 11. Vorsitzender H. Ott-Weichhausen, Schriftführer H. Zens-Göggingen, Kassierer J. Brendle-Göggingen, als Beisitzer K. Dürr, A. Dotsch, Dittmaier, R. Klav. Ob. Bleicher wurde als Beisitzer einstimmig

wiedergewählt. Es lies folgende Resolution ein: Der zu Ulm in Weihenburg tagende Delegiertentag spricht den Wunsch aus, das alle Ortsvereine in Süddeutschland, die dem Süddeutschen Ausbreitungsverbande schon früher angehört haben oder heute noch nicht angehört, unverzüglich beitreten, weil alle Gewerksvereine, ohne Unterschied, heute zusammenhalten müssen, um eine wirkliche Förderung der Gewerksvereine-Interessen zu erzielen. Alle persönlichen und lokalen Interessen müssen verschwinden, wenn es um das Gesamtinteresse der Gewerksvereine zu fördern und etwas Gutes und Positives in Süddeutschland zu schaffen.

Zunächst Antrag Rosenfelder wurde dem Beamten Richter eine Gehaltserhöhung von 10 Mk. pro Monat bewilligt, ebenso die Tagelöhner der Agitationsteiler während Agitationstreffen: von 6 Mk. auf 8 Mk. erhöht.

Als Ort für den nächsten Delegiertentag wurde Friedrichshafen bestimmt.

Kollege Klason dankte hierauf der Zeitung für ihre Mithilfe, den drei hiesigen Ortsvereinen für die überaus freundliche Aufnahme und wünschte, der diesjährige Delegiertentag möge dazu beitragen, reiche Kräfte zu zeitigen.

Abends gegen 1/2 6 Uhr erreichten die Verhandlungen ihr Ende und die Delegierten konnten unter dem Bewußtsein, nach Kräften zum Ausbau der Gewerksvereine beigetragen zu haben, die hiesige Stadt, von welcher sie ein freundliches Abschieds- und warmen Ortsvereinen mit nach Hause bringen wollen, verlassen.

Schriftführer des Ortsverbandes Weihenburg i. B.

*** Gewerksverein Graphischer Verufe und Maler.**

Die Ortsvereine Weihenburg und Rindlitz haben trotz mehrfacher Mahnung ihre Verbindungen schon seit längerer Zeit nicht mehr erfüllt, weshalb wir dieselben hiermit nochmals auffordern, umgehend die rückständigen Beiträge einzufahren, widrigenfalls die statutenmäßigen Maßnahmen in Anwendung gebracht werden müssen.

Werra, den 4. Mai 1906.

Für den Generalrat:

R. Schreiber, Vorsitzender.

G. Prüfer, Generalsekretär.

Versammlungen.

Berlin. Diskutierklub der Deutschen Gewerksvereine (D.D.). Sitzung jeden Mittwoch, ab. 8 1/2 - 10 1/2 Uhr im Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine, NO., Greifswalderstr. 221/223. Gäste willkommen.

Langerchor der Deutschen Gewerksvereine (D.D.). Jeden Sonntag, abends 9-11 Uhr, Übungsstunden im Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen.

Kreitag, 11. Mai. Mädchen und Frauen I. Abends 8 Uhr bei Herz, Pläuserstr. 42. I. D. Vortrag von Herrn Dinael: "Der gewerbliche Arbeitsvertrag". Gäste willkommen. - **Sonntag, 12. Mai. Maschinenbau- und Metallarbeiter V.** Abends 8 1/2 Uhr Kottbuserstr. 4a. Ver-

sammlung mit Damen. Vortrag der Reuter-Registratorin Frä. Hebel. Abends. - **Maschinenbau- u. Metallarbeiter VII.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Sunk, Triftstr. 41. I. D. Monatsbericht. Diesjährige Herrenpartie und Beschlusses. - **Maschinenbau- und Metallarbeiter VIII.** Ab. 8 1/2 Uhr im großen Saal des Barbordelarsje, Greifswalderstr. 222. Vortrag des Lehrers Herrn Dromm: "Sozialismus und Arbeiterfrage". - **Maschinenbau- und Metallarbeiter XI.** Ab. 8 1/2 Uhr, bei Rabe, Albederstr. 28. Monatsbericht. Regulatorische. - **Zinhlarbeiter.** Ab. 8 1/2 Uhr, Landbergerstr. 6. I. D.: 1. Generalrats Protokoll. 2. Die Rohstoffverträge in der Textil-Industrie. Referent: Kollege Hilbrandt. 3. Beschlusfassung über eine Herrenpartie. 4. Beschlusses.

Orts- und Medizinerverbände.

Stettin (Diskutierklub der Deutschen Gewerksvereine für Stettin und Umgegend). Jeden Donnerstag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, Sitzung bei Kraus, Stettin, Sulkstr. 22. (Gäste stets willkommen). - **Norddeutscher Ausbreitungsverband (Zettin).** Jeden Donnerstag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr im Lokal des Herrn Ergelle, Stettin, Schifferstr. 9. Diskutierabend. Gäste stets willkommen. - **Herne** (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachmittags von 4-5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Wilt. Schulte-Mattler, Diskutierabend. - **Greifswald** (Ortsverband). Jeden Donnerstag, ab. 8 1/2 - 10 Uhr, im Lokale des Herrn Giesow, Köp-

markt 1, Diskutierabend. - **Jaborge-N.** Sonntag, 13. Mai, nachmitt. 2 Uhr Verbandsversammlung der Gewerksvereine (D.D.) von Jaborge und Umgegend, in Jaborge, beim Gastwirt Herrn Gendel. Um 3 1/2 Uhr öffentliche Beschäftigtenversammlung Vortrag der Herren Griesle oder Lohs. Es wird gebeten recht zahlreich zu erscheinen. - **Hannover und Umgegend** (Ortsverband). Sonntag, 20. Mai, morgens 9 Uhr, im Lokale "Königswort", Bühlstr. 12. Beschäftigtenversammlung. I. D. das. - **Medizinischer Verband Berlin und Vororte.** Dienstag, 22. Mai, abds. 8 1/2 Uhr, Greifswalderstr. 221/23. Generalversammlung. I. D.: 1. Kassen- und Revisionsbericht. 2. Beschäftigten.

Wendungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis. Mathenow (Ortsverband). Otto Klare, Vorsitzender, Str. Hagenstr. 17.

Zirigau (Maschinenbau- und Metallarbeiter). Richard Jentsch, Schriftführer, Jauerhaupte 17a.

Köln a. Rh. Bureau des Gewerksvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter Köln a. Rh., Brunnstr. 23 I. Fernsprecher Nr. 3065.

Türen Nhd. (Ortsverband). Kaspar Koll, Schriftführer, Wernersmühlweg 10.

Jüterbog (Ortsverband). R. Warschall, Vorsitzender, Bippentel 1. C. Pregelhor, Schriftführer, Pregelthor 10.

Wainz (Arbitr. und Handarbeiter). Alex. Reumann, Kassierer, Holzhofstr. 12 II.

Anzeigen-Teil.

☞ Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen. ☜

Verlangen Sie kostenfrei Prospekt über **Handwerker-Lebens-Versicherung.** Tüchtige Vertreter werden allorts angestellt. **Allgemeiner Deutscher Versicherungs-Verein in Stuttgart auf Gegenseitigkeit.**

Ortsverband der Deutschen Gewerksvereine für Stettin und Umgegend.
Ordentliche Verbandsversammlung
am Sonntag, den 13. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Lokale Engelke, Schifferstr. 9a.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. med. Goege: Arzneimittel und ihre Wirkung.
2. Tätigkeitsbericht des Ortsverbandes pro 1905.
3. Referat über die Familienarbeitskasse des Ortsverbandes.
4. Geschäftliches.

Gute Prospekt. Krankheitsfall sofort aufgehendes Satzgeschäft zu verkaufen, nächster Nähe eines Berliner Krankenhauses. Preis d. Verbandsgegner. Kreisler in Friedenau, Aregerstr. 19, Kottlitz.
Caarau (Ortsverband). Durchreisende Gewerksvereiner erhalten 50 Pfg. bei den Ortskassieren.
Hannover-Linden. (Ortsverband). Arbeitsnachweis bei Carl Hebel, Hannover, Heisenstr. 32a I.
Meserwünde u. Umgeg. (Ortsverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten 50 Pfg. Karten beim Vereinskassierer Otto Gauschow, Gauschowstr. 7.
Witten. Bergpflanzgarten bei Heinrich Diegemann, Bergstr. 7. erd. 70 Pfg. bei jedem Vereinskassierer.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine
Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.
Treffpunkt aller Gewerksvereinskollegen an den Abenden und an jedem Sonntag. Fröhliche Kessale, große Restauration mit vorzüglicher Küche, vier Regelbahnen. Alles den Anforderungen der Neuzeit entsprechend eingerichtet. Zur Abhaltung von Versammlungen, Sitzungen, Sommer-Vergnügungen jeder Art allen Ortsvereinen und Mitgliedern bestens empfehlend, ladet zum Besuch freundlich ein.
Carl Herdt, Deponom.

Der Gewerkverein
Jahrgang 1905
auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsmitglieder und Vereinsbibliotheken
3,50, sonst 6 Mark.
N.B. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.
Verbandsbureau:
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.
Ondierungen nur an Verbandsbureau
R. Klein,
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.